

Reisebericht zu Nordgriechenland, 27.03. – 28.03.2014

von Annette Groth, MdB, und Katerina Peros

DELEGATION:

Afroditi Stampouli, MP SYRIZA; Annette Groth, MdB DIE LINKE; Maria Stavranka, Dolmetscherin; Katerina Peros, MdB Groth, Büromitarbeiterin; Elena Panagiotidis, Neue Züricher Zeitung; Anna Koktsidou, SWR.

VORBEMERKUNG:

Durch die systematische Abriegelung der EU-Außengrenzen haben sich die Fluchtrouten in die Europäische Union in den letzten Jahren verschoben: Flüchtlinge aus Afrika, Afghanistan und den arabischen Staaten haben in Folge dessen versucht, über die Festlandgrenze zwischen der Türkei und der griechischen EU-Außengrenze in die EU zu gelangen. Seit 2012 wird diese Grenze durch einen 12,5 km langen Zaun und 1.800 griechische PolizistInnen „geschützt“. Von der Polizei oder FRONTEX aufgegriffene Flüchtlinge werden monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten. 2013 hat die griechische Regierung den Zeitraum, über den Flüchtlinge sowohl mit als auch ohne Asylantrag festgehalten werden können, von 3 auf 18 Monate erhöht. In der letzten Woche wurde bekannt, dass die Polizeichefs angewiesen wurden, die Haftzeiten noch einmal zu verlängern. Offiziell bestätigt wurde dies noch nicht.

ZUSAMMENFASSUNG:

Die katastrophalen Bedingungen, unter denen Menschen ohne gültige Papiere in den Auffanglagern im Nordosten Griechenlands teils über 18 Monate lang festgehalten werden, sind menschenunwürdig und laufen allen internationalen Flüchtlingsstandards zuwider:

- Es fehlt an Privatsphäre: In Paranesti und Fylakio werden bis zu 60 Menschen in einer Zelle untergebracht, auch in den Polizeistationen Ferres und Soufli bieten die doppelten Stockbetten keinerlei Rückzugsmöglichkeiten für die Inhaftierten.
- Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal: Die Zellen sowie die sanitären Einrichtungen sind verdreckt, in Komotini müssen die Inhaftierten teilweise aus den Toiletten trinken, da die sanitären Einrichtungen defekt sind.
- Die medizinische Versorgung ist unzureichend: in allen Lagern erhalten die Menschen entweder keine medizinische Versorgung oder lediglich eine Grundversorgung, auch schwere Krankheiten werden nicht behandelt, psychologische Betreuung fehlt meist völlig.
- Die Nahrungsversorgung ist unzulänglich: viele der Inhaftierten sind mangelernährt. Aufgrund dieser Situation gab es sogar Selbstmordversuche in einem der besuchten Lager.
- Minderjährige werden nicht geschützt: entgegen der Aussagen der Lagerleitungen werden in allen besuchten Lagern Minderjährige festgehalten. Nur in Paranesti werden Minderjährige getrennt von den Erwachsenen untergebracht, in allen anderen Lagern gibt es eine solche getrennte Unterbringung nicht.
- Es gibt Berichte über physische Misshandlungen durch PolizistInnen.
- Asylverfahren werden verschleppt: ohne Informationen über den Stand ihres Verfahrens werden MigrantInnen und Flüchtlinge ohne gültige Papiere in den Lagern festgehalten. Zudem ist die griechische Asylbehörde unzureichend aufgestellt – nur in Thessaloniki und Athen kann außerhalb der Flüchtlingsgefängnisse Asyl beantragt werden.

- Der Mangel an AnwältInnen hat zur Folge, dass die Inhaftierten gar nicht oder nur unzureichend über ihre Rechte aufgeklärt werden.
- Teilweise sind Handys verboten und manche der Flüchtlinge dürfen auch nicht mit Kartentelefonen telefonieren.

Donnerstag, 27.03.2014

Paranesti, Flüchtlingsgefängnis im Bezirk Drama, Grenzregion zu Bulgarien

ALLGEMEINES:

In Paranesti werden seit Oktober 2012 Flüchtlinge und MigrantInnen ohne gültige Papiere festgehalten. Es handelt sich um ein Lager ausschließlich für Männer. Untergebracht werden sie in vier Sälen mit insgesamt 550 Betten. Seit Dezember 2013 wird, finanziert durch EU-Gelder in der Höhe von 6 Mio. Euro, ein neuer Trakt errichtet, der Kapazitäten für 450 Menschen bieten soll, sodass ab Mai insgesamt 1000 Menschen festgehalten werden können.

Am 27. März wurden 283 Menschen in Paranesti festgehalten, 170 davon sind seit über einem Jahr hier, 39 seit 17 Monaten. Die gesetzliche Höchstdauer der Inhaftierung von MigrantInnen ohne gültige Papiere ist bisher für eine Dauer von 18 Monaten möglich. In Paranesti sind bisher insgesamt 39 Menschen nach 18 Monaten freigelassen worden. Die Freigelassenen haben 20 Tage Zeit, das Land zu verlassen; werden sie nach Ablauf dieser Frist in Griechenland aufgegriffen, können sie erneut inhaftiert werden. In Paranesti waren am 27.3. vier Menschen inhaftiert, die zum zweiten Mal verhaftet wurden. Die Männer waren aus anderen Auffangslagern nach Paranesti überstellt worden.

160 Menschen wurden bisher auf eigenen Wunsch hin in ihr Heimatland rücküberstellt. Dies wird von offizieller Seite als freiwilliger Rückgang bezeichnet. Die Menschen, die auf eigenen Wunsch in ihr Heimatland zurückkehren möchten, werden mit einem Flugticket ausgestattet und von der International Organisation for Migration (IOM) unterstützt.

AUSSTATTUNG:

In dem Flüchtlingsgefängnis ist eine private Sicherheitsfirma angestellt. Eine solche Übertragung polizeilicher Aufgaben an private Unternehmen ist gesetzlich seit 2012 möglich. Die ärztliche Versorgung wird laut dem zuständigen Polizeichef durch ÄrztInnen und PflegerInnen gewährleistet, die auf Grundlage von Zeitverträgen angestellt sind. Impfungen der Inhaftierten sowie der PolizistInnen können auf Grund fehlender Gelder nicht gewährleistet werden. Nach offiziellen Angaben sind in dem Lager Handys erlaubt. Heißes Wasser sowie beheizte Räume würden gewährleistet und die Menschen dürften sich 24 Stunden am Tag frei im Inneren oder in einem abgetrennten Hof bewegen.

DIE SITUATION IM LAGER:

Wir haben mit zwei minderjährigen Afghanen gesprochen: Ali ist seit einem Jahr in Haft, bei seiner Festnahme war er 16. Han Orgul, ebenfalls 17 Jahre alt, befindet sich seit acht Monaten in Haft und ist nach vier Monaten der Flucht über die Türkei nach Griechenland gekommen. Beide wissen nicht, wie es um ihr Asylverfahren steht. Sie berichten, dass die Polizei sie immer wieder vertröstet und keine Auskunft gibt.

Komotini, Flüchtlingsgefängnis

ALLGEMEINES:

Am 27.03. waren laut offiziellen Angaben in Komotini 446 Menschen in Haft, die Mehrheit von ihnen aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch. Seit Februar seien ca. 40 Menschen freigelassen worden, da sie die Höchstdauer der Haft von 18 Monaten erreicht hatten.

Um das Flüchtlingsgefängnis zu „modernisieren“ und das Leben der Inhaftierten zu erträglicher zu machen, werden laut einem Polizisten zur Zeit Umbaumaßnahmen durchgeführt, die bis zum 30. Juni 2014 abgeschlossen sein sollen. Die entsprechenden Mittel – 800.000 Euro – sind laut Lagerleitung gerade gebilligt worden. 75% davon werden von der EU und 25% von Griechenland gestellt.

Der Leiter des Aufnahmelagers Komotini erklärte uns, offizielles Ziel der Lagerpolitik sei die Rückführung der Inhaftierten. Im Gespräch mit einem Vertreter des Greek Council for Refugees (GCR) wurde deutlich, dass die Menschen längst zum Spielball geworden sind: Um die Haftzeit „offiziell“ verlängern zu können, werden Menschen zwischen dem Lager in Komotini und dem Lager in Paranesti hin und her transportiert.

UNTERBRINGUNG und AUSSTATTUNG:

Die tatsächliche Situation in dem Auffanglager ist bedrückend. Nach außen drangen während unseres Besuchs die Rufe der Männer nach ärztlicher Versorgung und Hilfe. Die Polizei bewachte die Häusertrakte von außen. Den Unterbringungen ist ein trostloser, betonierter, mit Gittern umzäunter Platz vorgelagert, der für den Hofgang vorgesehen ist.

Die Ausstattung der Zellen ist katastrophal und sie entbehren jeder Privatsphäre. Einige der Inhaftierten haben keine Matratzen und sind aus diesem Grund gezwungen, auf Kartons zu schlafen. Die Insassen jedes Traktes haben jeweils einmal am Morgen und am Nachmittag eine Stunde Hofgang. Bei dieser Gelegenheit konnten wir mit Insassen sprechen und Informationen sammeln.

MINDERJÄHRIGE:

Beteuert wurde von offizieller Seite, dass in Komotini weder Frauen noch Minderjährige festgehalten würden. Ein Vertreter des griechischen Flüchtlingsrates (GRC) berichtete uns allerdings das Gegenteil. In dem Lager würden ca. 70 Menschen festgehalten, die angeben, Minderjährige zu sein. Die ärztlichen Untersuchungen zur Überprüfung der Minderjährigkeit einer Person werden als ungenügend beschrieben. So wird nur sporadisch eine äußerst oberflächliche psychologische Untersuchung durchgeführt und im Zweifel das Handgelenk geröntgt. Diese Röntgen-Methode ist höchst umstritten, da der anatomische Körperbau von unterschiedlichen Faktoren abhängt und das Alter auf diese Art und Weise nicht abschließend geklärt werden kann. Offiziell heißt es, dass im Zweifel zugunsten der Minderjährigen entschieden werde, doch auch in Komotini wurden uns von den Insassen Geburtsdokumente gezeigt, die bei der Beurteilung ihres Alters nicht berücksichtigt worden waren. In allen von uns besuchten Flüchtlingsgefängnissen werden diese unzureichenden Methoden zur Bestimmung der Minderjährigkeit angewandt.

ASYLVERFAHREN:

Übereinstimmend wurde uns von systematischen Verzögerungen in den Asylverfahren berichtet. Viele der Inhaftierten haben bereits vor Monaten einen Asylantrag gestellt, bisher ohne Antwort. Wir trafen z.B. auf einen Afghanen, der nach fünf Monaten in Haft einen Asylantrag gestellt hatte und inzwischen seit fünf Monaten auf eine Antwort wartet: seine Haftzeit kann sich auf 23 Monate

strecken, da die festgelegten 18 Monate Höchstdauer erst ab dem Zeitpunkt der Antragstellung gelten. Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall: Uns wurden Zettel mit Namen von Fällen übergeben, die schon lange auf eine Antwort in ihrem Asylverfahren warteten und immer wieder getröstet wurden.

Der junge Mann berichtete von seiner Flucht über die türkische Grenze und die Willkür, mit der die griechische Grenzschutzpolizei vorgeht. Er kam mit einer Gruppe von insgesamt 42 Menschen illegal über die Grenze. 27 von ihnen wurden direkt nach Komotini gebracht, die anderen 15 wurden frei gelassen.

Andere Insassen in Komotini wurden nicht direkt nach ihrem Grenzübertritt verhaftet, sondern lebten vor ihrer Inhaftierung teilweise schon seit Jahren in Griechenland, einige davon mit Papieren.

Ferres, Station der Grenzpolizei, griechisch-türkische Grenze

ALLGEMEINES:

In einem Gespräch mit den verantwortlichen GrenzpolizistInnen in Ferres wurde uns die Flüchtlingsabwehr an der EU-Außengrenze dargestellt. Von der Polizeistation aus werden mit Hilfe von Wärmebildkameras, Land- und Flusspatrouillen 40km der Flussregion des Evros kontrolliert. 250 Menschen sind angestellt, um eine 24-stündige Überwachung zu gewährleisten. Die erforderlichen Gelder sowie personelle Unterstützung werden von FRONTEX bereitgestellt. Ziel ist es, die Flüchtlinge schon im türkischen Grenzgebiet aufzugreifen und am Grenzübertritt in den Schengenraum zu hindern.

Die sogenannte „sichere Einreise“, die auch in den Schengenverträgen vorgesehen ist, wird laut Aussage der BeamtInnen durch die Grenzstation Kipi gewährleistet. In der Praxis, so wurde uns offiziell bestätigt, macht es jedoch keinen Unterschied, ob ein Mensch illegal die Grenze übertreten hat oder die legale Möglichkeit genutzt wurde, da die Menschen in die gleichen Auffanglager überstellt werden.

Insgesamt befanden sich am 27.03. 30 Menschen in der Polizeistation in Ferres in Haft, zwölf von ihnen mit anhängigem Asylverfahren. Ein Häftling wurde bereits seit dem 11.11.2013 festgehalten. Minderjährige werden nach Aussage der Verantwortlichen nur stundenweise festgehalten und dann in entsprechende Einrichtungen überstellt.

DIE SITUATION IN DER POLIZEISTATION:

Die Zustände in den Zellen sind katastrophal, es ist feucht, dunkel und dreckig. Wenn einer der Häftlinge die sanitären Anlagen nutzen möchte, muss er klingeln, um aus der Zelle zu den Anlagen geführt zu werden. Die Männer haben zweimal am Tag für jeweils zwei Stunden die Möglichkeit zum Hofgang.

Sogar der für die Häftlinge zuständige Beamte wunderte sich über die lange Dauer der Asylentscheidungen. Ein Mann aus Kamerun hatte gar die sogenannte „freiwillige Ausreise“ beantragt und sollte in der kommenden Woche nach Kamerun rücküberführt werden.

Freitag, 28.03.2014

Fylakio, Flüchtlingsgefängnis

ALLGEMEINES:

Laut Aussage des Polizeichefs werden in dem Auffanglager Fylakio in 6 Zellen knapp 400 Menschen festgehalten. Für die Hygiene und das Catering sei ein Privatunternehmen zuständig und

zwei Mal am Tag gebe es für jeweils drei Stunden Hofgang. Er bemühe sich um eine bessere Freizeitgestaltung, es gebe die Möglichkeit zu zeichnen, Bücher würden ausgegeben und für jede Zelle sei ein Fernseher vorgesehen. Die festgehaltenen Flüchtlinge würden von PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen und AnwältInnen betreut.

UNTERBRINGUNG und AUSSTATTUNG:

Diese offizielle Darstellung hat nichts mit der Realität gemein: Nur in eine der sechs großen, mit Eisengittern voneinander getrennten Zellen gelangt Tageslicht, das elektrische Licht flackert, es ist dreckig und stinkt. Zum Teil werden über 60 Männer in einer Zelle festgehalten, die doppelten Etagenbetten erlauben keinerlei Privatsphäre. Die Männer haben zum Teil keine Matratzen, sondern schlafen auf nackten Betonplatten.

Ein Mann aus dem Sudan zeigte uns das zuvor hoch gelobte Catering: ein abgepacktes Baguette und eine kleine Saftpackung für den Abend, ein Croissant und der gleiche Saft für den Morgen und mittags ein Teller Bohnensuppe. Pro Insasse werden für dieses Essen vom griechischen Staat – finanziert aus EU Mitteln – täglich 5,60€ gezahlt. Im Vergleich dazu werden 1,80€ für Strafgefangene berechnet.

FRAUEN:

In Fylakio werden auch Frauen festgehalten, einige davon vermutlich Opfer von Menschenhandel. Eine Chinesin war völlig isoliert, da niemand mit ihr kommunizieren kann, weil sie weder Englisch spricht noch ein entsprechender Dolmetscher zugegen war. Eine Georgierin hatte acht Jahre lang in Griechenland gelebt und gearbeitet – meist legal – bevor sie bei der Ausreise am Flughafen ihre Dokumente abgeben musste und diese nie zurückbekam. Nun ist sie seit einem Monat in Fylakio. Obwohl eine griechische Familie in Athen sie bei sich aufnehmen und arbeiten lassen möchte, wird ihr Fall weder beschleunigt, noch darf sie das Lager verlassen. Eine Iranerin, deren Mann im Männertrakt untergebracht ist – das Paar müsste eigentlich als Familie gelten und dürfte nicht getrennt voneinander untergebracht sein – könnte sich gemeinsam mit ihrem Mann eine Wohnung leisten und dort auf die Entscheidung ihres Asylantrags warten, was jedoch nicht gestattet wird.

MINDERJÄHRIGE:

Entgegen offizieller Aussagen wird eine Reihe von Minderjährigen – viele davon schon sehr lange – in Fylakio festgehalten. Für die meisten von ihnen liegen Dokumente vor, die ihre Minderjährigkeit bestätigen. Ein 15-Jähriger vertraute uns an, ihm sei mit Vergewaltigung gedroht worden.

ASYLVERFAHREN:

Einige männliche Insassen berichteten uns, sie seien lange in Griechenland gewesen, bevor sie ihre Aufenthaltstitel verloren, da sie z.B. nicht mehr ihre Versicherung zahlen konnten.

Von offizieller Seite heißt es, Rücküberführungen würden in jeder Hinsicht unterstützt. Ein Marokkaner berichtete uns jedoch, er habe seine Papiere für die Rücküberführung an Polizeibeamte übergeben, nun seien diese aber verschwunden.

Fylakio, Erstaufnahmeeinrichtung

ALLGEMEINES:

In der Erstaufnahmeeinrichtung gleich neben dem Auffanglager können Menschen bis maximal 25 Tage lang festgehalten werden. Die Einrichtung ist neu und macht einen ordentlichen und sauberen Eindruck. Durch ein Fenster hindurch sieht man einen leeren Raum, in dem saubere Decken und Matratzen ordentlich gestapelt bereit liegen, während es im Auffanglager an Decken fehlt.

Bisher wurden nach Angaben des Leiters 250 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung betreut. Der Leiter der Einrichtung bestätigte uns, dass seit der Errichtung des Zauns die Anzahl der Flüchtlinge drastisch zurückgegangen sei.

FAZIT:

Zusammenfassend kann von einer eindeutig menschenrechtswidrigen Lage in den griechischen Flüchtlingslagern gesprochen werden.

Trotz dieser katastrophalen Menschenrechtssituation finanziert die EU diese Praxis weiter und möchte ein Exempel statuieren, anstatt die Menschen – abhängig von der Aufnahmekapazität der jeweiligen Länder – auch in die EU-Binnenstaaten aufzunehmen. Indem die Verantwortlichen die Augen vor den Menschenrechtsverletzungen in Griechenland verschließen, setzt die EU-Flüchtlingspolitik auf Abschottung und Abschreckung anstatt auf Solidarität und Menschenrechte.

Zudem wurde durch die Reise mehr als deutlich, dass das an den EU-Außengrenzen gelegene Griechenland völlig allein gelassen wird und überfordert ist. Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, dürften nicht verhaftet werden. Die griechische Asylbehörde ist einerseits unzureichend aufgestellt und andererseits dauert es viel zu lang, bis Asylanträge überhaupt bearbeitet werden. Griechenland mit seiner katastrophalen wirtschaftlichen Situation kann weder eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Asylpolitik gewährleisten noch für den Schutz der eigenen PolizeibeamtInnen sorgen. Es sind insbesondere die Dublin-Verordnungen, die eine menschenwürdige und solidarische Flüchtlingspolitik in der EU verhindern.